



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

A-1011 Wien, Stubenring 1
DVR 37 257
Telex 111145 regeb a, 111780 regeb a
Telefax 713 79 95, 713 93 11
Telefon 0222/71100 Durchwahl
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

Koär. Dr. Horak/5435

Geschäftszahl 15.240/2-Pr.7/90

An das
Präsidium des
Nationalrates

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Parlament
1016 W i e n

20.1.1990

AWM

Betreff:

Entwürfe zweier Bundesgesetze,
mit denen das Kunsthochschul-Organisations-
gesetz 1970 und das Akademie-Organisations-
gesetz 1988 geändert werden;
Stellungnahme

Beschriftung	GESETZENTWURF
Zi	PO GE 80
Datum:	24. JAN. 1990
Verteilt	26.1.90 je

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten beehrt sich, in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung gerichteten Stellungnahme zum Entwurf des im Betreff genannten Bundesgesetzes zu übermitteln.

Wien, am 17. Jänner 1990

Für den Bundesminister:

J e l i n e k

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

A-1011 Wien, Stubenring 1
DVR 37 257
Telex 111145 regeb a, 111780 regeb a
Telefax 713 79 95, 713 93 11
Telefon 0222/71100 Durchwahl
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:
Koär. Dr. Horak / 5435

Geschäftszahl 15.240/2-Pr.7/90

An das
Bundesministerium für Wissen-
schaft u. Forschung

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Minoritenpl. 5
1014 Wien

20.1.1990!

Betr.: Entwürfe zweier Bundesgesetze,
mit denen das Kunsthochschul-Organisations-
gesetz 1970 und das Akademie-Organisations-
gesetz 1988 geändert werden;

Stellungnahme

zu do. Zl. 59 243/52-18/89 vom 18.11.1989

Das ho. Ressort beehrt sich mitzuteilen, daß es zu den o.a.
Gesetzesentwürfen keine Bedenken hat.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß dies keine Zustimmung
zu gegebenenfalls erforderlichen ho. Geldmitteln für einen
Mehrbedarf an verbautem und/oder unverbautem Raum oder einen
Bedarf an entsprechenden Adaptierungen bereits bestehender ein-
schlägig gewidmeter Baulichkeiten, soweit ein solcher durch die
Änderung der beiden Organisationsgesetze entstehen sollte, bedeutet.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des
Nationalrates übermittelt.

Wien, am 17. Jänner 1990

Für den Bundesminister:

J e l i n e k

F.d.R.d.A.: